Berlin, Dienstag, 09.01.18

# Pressemitteilung des Landesschülerausschusses Berlin zur Meldung einer vermutlich politisch extremen Grundschullehrkraft - “Der Volkslehrer”

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Landesschülerausschuss Berlin hat mit Bestürzung auf die aktuellen Presseberichte über den Pädagogen an der Vineta-Grundschule in Mitte reagiert, welcher unter dem Pseudonym “Volkslehrer” auf YouTube politisch extremes Gedankengut u.a. an junge Schüler*innen weitergegeben haben soll.[1]

Wir sind erfreut, dass die SenBJF den Lehrer vom Dienst freigestellt hat und hoffen, dass im Falle des Zutreffens der Anschuldigungen die angemessenen Konsequenzen für die Lehrkraft gezogen werden. Gerade in Anbetracht des aktuellen gesellschaftlichen Bestrebens, die Vermittlung politischer Bildung an Berliner Schulen zu stärken, machen solche Einzelfälle einen großen Strich durch die Rechnung; vor allem, da Schule für junge Menschen oft den am meisten geschützten Ort für - im Anspruch - objektive politische Analysen und politisch neutrales fachübergreifendes Lernen sowie Abschirmung vor einseitiger Politisierung durch die Familie darstellt.
In diesem Rahmen benötigen wir mutige Schulleitungen und eine noch offenere Gesellschaft, die Schulen - wenn sie mit derartigen Problemen unmittelbar an die Schulaufsicht und die Öffentlichkeit gehen und derartige Fälle sachgemäß aufarbeiten - als Vorreiter hervorhebt, anstatt sie einem Shitstorm zu unterziehen. Derzeit haben wir themenübergreifend jedoch oft den gegenteiligen Eindruck. Fehler und Missstände werden mitunter tabuisiert. Wer etwas sagt, muss aktuell oft leider schwerer Stigmatisierung

1 URL:http://www.tagesspiegel.de/berlin/grundschulen-in-berlin-umstrittener-lehrer-vorerst-vom-dienst-freigestellt/20823314.html [09.01.2018]

entgegentreten. Wenn wir als Mitglieder der Schüler*innenschaft künftig lernen sollen, Fehler von kleinem bis zu strafrechtlichem Ausmaß zum eigenen Wohle und dem der Gesellschaft schnellstmöglich zu Kontaktpersonen zuzutragen, dann muss uns dies auch vorgelebt werden.

Im Rahmen unseres Forderungspapiers zu Demokratisierung der Berliner Schulen[2] fordern wir daher wiederholt mehr Transparenz und auch für Eltern und Schüler*innen die flächendeckende Information und individuelle Unterstützung bei Beschwerdeinteresse außerhalb der schulinternen Struktur. Weiterführend wollen wir nach unserer Pressemitteilung im Rahmen des LSA-Jahresprogrammes 2018 zudem ein allgemeines Positionspapier zu Rassismus und politischem Extremismus in der Schule verfassen.

Der LSA distanziert sich in jeglicher Form von antisemitischem, rassistischem und sexistischem Gedankengut sowie politischem Extremismus in der Schule und hofft auf schnelle Aufklärung des Falles.

Mit freundlichen Grüßen

der Landesschülerausschuss Berlin

2 URL: https://lsaberlin.de/wp-content/uploads/2017/01/Positionspapier_Demokratief%C3%B6rderung_Schule_-LSA-Berlin_-Koalition.pdf [09.01.2018]